

**An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Döhren-Wülfel
Frau Christine R a n k e-H e c k
über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich
Rats-und Bezirksratsangelegenheiten**

Bezirksratsherr Marc Herrmann

Querstr.5a, 30519 Hannover

0511/89988102

m_herrmann@arcor.de

Twitter: @herrmann_marc

04.09.2014

A n t r a g gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Döhren-Wülfel am 25.09.2014

Digitale Selbstverteidigung für die Bürger von Döhren-Wülfel

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, auf der Website des Stadtbezirks, an geeigneter Stelle auf politisch neutrale und möglichst auch kostenlose Informations- und Schulungsangebote zum Thema Kryptografie hinzuweisen, auch wenn diese Technik in der Verwaltung eventuell selbst noch nicht genutzt wird.

Die Verwaltung möge hierzu geeignete Anbieter oder Informationsportale ermitteln und diese Auswahl regelmäßig prüfen. Anbieten würden sich unter anderem diese:

- Informationen: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI):
www.bsi.bund.de
- Informationen: <http://www.gpg4win.de> (staatlich geförderte Software und Dokumentation)
- Informationen <http://www.openpgp-schulungen.de>
- Software <https://tails.boum.org/>
- ggf. lokale oder eigene Angebote

Begründung:

Deutschland hat darin versagt, seiner Bevölkerung die Kenntnisse zu vermitteln, die nötig sind, um sich souverän im Internet zu bewegen. Dies systematisch nachzuholen, wird lange dauern. Aber dauerhaft (in geringem Umfang) Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken ist wichtig, damit mehr Bürger aktiv werden.

Die Notwendigkeit zur digitalen Selbstverteidigung hat auch der Bundesinnenminister inzwischen erkannt:

„Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat die Deutschen aufgerufen, selbst mehr für den Schutz ihrer Daten zu tun. Verschlüsselungstechnik oder Virenschutz müssten mehr Aufmerksamkeit erhalten, sagte Friedrich nach seiner Anhörung vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Bundestages zu der Spähaffäre.“ (Zeit Online vom 16. Juli 2013)

Marc Herrmann